

# Staat und Religion



## Unsere Position

Trotz der von Verfassungen wegen garantierten Religionsfreiheit ist das Staatswesen der Bundesrepublik nicht frei von religiöser (und weltlicher) Privilegierung der traditionellen christlichen Kirchen.

Die weltanschauliche Neutralität des Staates herzustellen, ist daher eine für die gedeihliche Entwicklung des Gemeinwesens notwendige Voraussetzung. Ein säkularer Staat erfordert die strikte Trennung von religiösen und staatlichen Belangen; finanzielle und strukturelle Privilegien einzelner Glaubensgemeinschaften, etwa im Rahmen finanzieller Alimentierung, bei der Übertragung von Aufgaben in staatlichen Institutionen und beim Betrieb von sozialen Einrichtungen, sind höchst fragwürdig und daher abzubauen.

Ein staatlicher Einzug von Kirchenbeiträgen kann nicht gerechtfertigt werden.

## Argumente

- Derzeit wird vom Staat hauptsächlich das Christentum bevorzugt
- Einseitige religiöse Beeinflussung an Schulen sollte beendet - Religion durch Ethik ersetzt werden.
- Kirchen werden zusätzlich zur Kirchensteuer vom Staat finanziell unterstützt. Sogar Nicht-Mitglieder müssen teilw. Steuer entrichten!
- Kirche ist ein Staat im Staat, mit eigenen Machtstrukturen, der die Freiheit seiner Mitglieder ohne Berücksichtigung der herrschenden Gesetzeslage beschränkt.

## Ja, aber...

- ... die Kirchensteuer finanziert viele karitative Einrichtungen
- Nur etwa 5% der Kircheneinnahmen werden direkt für soziale Zwecke ausgegeben.
- ... dann bekommen die Kirchen ja kein Geld mehr
- Falsch. Die Kirchen können Mitgliedsbeiträge erheben wie jeder andere (gemeinnützige) Verein auch.